

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Winterstein
Herausgeber: Rudolf Winterstein
Redaktion: Rudolf Winterstein

Druck: Rudolf Winterstein
Verlag: Rudolf Winterstein
Anzeigen: Rudolf Winterstein

Druck: Rudolf Winterstein
Verlag: Rudolf Winterstein
Anzeigen: Rudolf Winterstein

Heraus zum Kampf um das Rathaus!

Nie wieder rote Gemeinden!

Dieser 13. November beschließt in Sachsen endgültig das große Wahlgesetz 1932. Auf Jahre hinaus wird dann aller Wahrscheinlichkeit nach die wahlmündige Bevölkerung unseres engeren Vaterlandes keine Gelegenheit mehr haben, ihren politischen Willen mit dem Stimmzettel kundzugeben. Schon das würde ein Grund für alle Staatsbürger sein, genau so wie vor einer Woche wieder geschlossen an der Wahlurne zu erscheinen. Denn

an diesem Sonntag gilt es, den Marxismus entscheidend zu schlagen.

Es wäre ein trauriges Zeichen für den politischen Sinn der nationalen Wählerschaft, wenn sie glauben wollte, sie hätte jetzt ihre Pflicht getan. Im Gegenteil: die ersten Erfolge auszubauen, um sie zu einem wirklichen Vorbild zu gestalten, das auch der Sinn unserer sächsischen Gemeindevätern sein. Wir wissen, daß in der nächsten Woche die Verhandlungen des Reichspräsidenten und des Reichspräsidenten mit den nationalen Parteien aufgenommen werden sollen, die nur den Zweck haben können, über Personfragen hinweg endlich die bitternotwendige starke Regierung der nationalen Konzentration zustande zu bringen. Die Aufgabe ist gestellt, und sie muß um des Vaterlandes willen zum guten Ende geführt werden. Nach dem völligen Versagen des schwarz-roten Systems in Reich, Ländern und Gemeinden ist die Zeit aberreife, daß die nationale Bewegung in ihrer Gesamtheit die Aufgabe übernimmt, das Vaterland durch gründende Reformen wieder dem Aufstieg entgegenzuführen. Wir kennen die Größe der aufgestellten Ziele. Vor allem gilt es, die furchtbare Wirtschaftskrise dadurch zu überwinden, daß die Mehrheit des Volkes sich willig hinter ein produktives Aufbauprogramm stellt. Auch für den außenpolitischen Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung muß die Kraft des gesamten nationalen Volkswillens zusammengesetzt werden. Dazu treten die wichtigsten Aufgaben der Reform unseres Verfassungsaufbaus, unserer Finanzwirtschaft und der durch die marxistische Wirtschaftsanarchie hervorgerufenen Sozialversicherungen. Gewiß gewaltige Aufgaben, die aber zu lösen sind, wenn es gelingt, die nationale Bewegung in ihrer Gesamtheit in einer Regierung der nationalen Konzentration zu vereinen.

Die nationalen Wähler würden aber in einem verhängnisvollen Irrtum befangen sein, wenn sie glaubten, diese Ziele und Aufgaben seien nun Sache des Reichspräsidenten und der Parteiführer, während sie sich jetzt schon mit der gerühmten Rolle des kritischen Aufsehers begnügen könnten. Das gilt nirgends im Reich! Denn

die Durchschlagkraft der nationalen Parteien beruht nicht auf dem Wahlrecht, sondern auf der Einigkeit der nationalen Wählerschaft.

Ihr Übergewicht über den Gesamtmarxismus ist nicht so groß, um Gleichgültigkeit in diesen entscheidenden Wochen zu rechtfertigen. Das gilt um so weniger, als die Linke durch das Anwachsen des Kommunismus sich in einem Zustand stärkster Radikalisierung befindet und die nationalen Parteien gleichzeitig das unsichere und feilschende zum linken berellten Zentrum in Schwach halten müssen.

Schon um einer nationalen Reichspolitik willen erwachen deshalb den nationalen Wählern, ganz gleichgültig welcher politischen Richtung sie angehören, an diesem Sonntag der sächsischen Gemeindevätern ganz besonders verantwortungsvolle Pflichten.

Auf sie steht das ganze nationale Deutschland! Schlagen sie sich gut, so ist das eine moralische Stärkung für die ganze nationale Bewegung in unserem Vaterland, versagen sie, dann gewinnt der geschlossene Marxismus sicher einen erheblichen Teil seines verlorengegangenen Selbstvertrauens zurück. Wichtig aber ist ein nationaler Wahlsieg in unseren sächsischen Gemeinden schon deshalb, weil es eine völlig widersinnige Entwicklung wäre, wenn in dem Augenblick, wo der nationalen Bewegung im Reich und den meisten Ländern die Macht zufällt, sächsische Großstadtgemeinden, die bisher nichtmarxistische Mehrheiten hatten, wieder in die Hände des roten Sozialismus fielen. Sächsischen nationalen Wähler müssen um so mehr dem übrigen Deutschland ein gutes Beispiel geben, weil in einigen Monaten auch in Preußen und vielen anderen Ländern Gemeindevätern wählen sollen. Nun bedarf es keines längeren Beweises, daß der radikalisierte Marxismus den Kampf um die Rathäuser um so zäher führen wird, je ohnmächtiger er im Reich und Ländern geworden ist.

Ob der Marxismus hier Erfolge, dann wird er alles daransetzen, um einer nationalen Aufbaupolitik im Reich und Ländern Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu bereiten.

Nach Befestigung des politischen Dualismus zwischen einem roten Preußen und einem national regierten

Reich würde ein neuer, heillose noch gefährlicherer Gegensatz zwischen dem Reich und denjenigen Großstadtgemeinden entbrennen, die sich in den Händen des Marxismus befinden. Wir haben in Sachsen und vor allem in Dresden genug Beispiele dafür, daß die Linke Mehrheiten, die sie in Stadtverordnetenkollegien besitzt, nicht zu sachlicher Arbeit ausnützt, sondern zu endlosen, unfruchtbareren Debatten über die Reichspolitik, die dann ihren Niederschlag in demagogischen Protesten und Resolutionen finden. Genau so wie die Sozialdemokratie unter Bränning ihre ganze Macht auf Preußen konzentrierte und das Land, wie die Unternehmung gegen Klepper bewies, zum roten Parteistaat in Reinkultur herabwürdigte, will sich

der Marxismus jetzt zur Entschädigung für seine Niederlagen auch der Gemeinden bemächtigen.

Offen sprechen es die Agitatoren aus, daß die Großstädte in härterem Maße als bisher der Wobben werden sollen, auf dem die Sozialisierung am raschesten durchzuführen ist. Es gehört gewiß parteipolitische Verranntheit ohne Gleichen dazu, Sozialisierungsversuche in einem Augenblick zu fordern, in dem Dresden unter der Last der 20 Millionen Mark Zinsen einer unverantwortlichen Anleihepolitik fast zu erliegen droht. Aber es wäre auch verfehlt, zu wägen, der Gemeindefeindlichkeit sei ungefährlich geworden, weil gegenwärtig das Feld für marxistische Experimente leer ist.

Gerade weil wir vom Sieg des nationalen Gedankens in der Reichspolitik in naher Frist einen Aufschwung der Wirtschaft erwarten dürfen, muß verhindert werden, daß Einkommensverluste in den Städten diese Erfolge und die Ausgabenvereinfachungen, die daraus auch den Gemeinden erwachsen, zu neuen Anarchien auf der Privatwirtschaft ausnützen.

Wir wissen ja nur zu gut, wie gewissenlos der Marxismus in der Niederrückbildung der freien Wirtschaft durch Ueberhöhung von Steuern, Abgaben, Tarifen und vor allem durch die Konkurrenz der Regiebetriebe verfährt. Deshalb verhalte keiner, der in der freien Wirtschaft als Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer sein Brot findet, daß die Errichtung neuer Regiebetriebe den Untergang von unzähligen selbständigen Existenzen samt ihren Willen bedeutet. Das gilt besonders vor gewerblichen Mittelstand. Zu den Gemeindevätern nicht wählen, ist so gut wie wirtschaftlicher Selbstmord. Wer kein Gemeindevätersrecht nicht ausübt, hat nachher auch kein Recht, über eine überhöhte Bürgersteuer oder über die unsoziale Walfischinstrumentensteuer als Folge einer Einkommensmehrheit Klage zu führen. Wie wichtig der nationale Wahlsieg für die

Erhaltung einer sauberen Verwaltung

Ist, dafür spricht die Tatsache, daß nur die nationalen Parteien sich für ein noch größeres und sachlicher Vorbildung ausgedehntes Berufsbeamtenum einsehen. Wenn die Linke in Dresden zur Herrschaft käme, dann würde in kurzer Zeit den Parteibuchhaltern für und für geöffnet werden. Auf diesem Boden aber wächst, wie die ganze nachrevolutionäre Entwicklung in Deutschland bewiesen hat, das Giftgewächs der Korruption.

Auch die religiösen und geistlichen Interessen eines Kulturzentrums vom Hansa Dresdens würden durch eine Einkommensmehrheit auf das äußerste gefährdet.

Vor allem muß nachdrücklich der Aufbau der Schul-

erziehung auf christlicher und nationaler Grundlage gefordert werden. Man bedenke, daß nur etwa 7 Prozent der Bevölkerung den christlichen Kirchen nicht angehören, daß aber bei einem roten Rathaus die marxistischen Gemeindeväter, von denen jeder aus der Kirche ausgetreten ist, die Mehrheit hätten. Gerade die Gefahr, die hierin für unsere Jugendzukunft liegt, sollte die christliche Bevölkerung Dresdens veranlassen, am Sonntag geschlossen an die Wahlurne zu gehen.

Wahrhaftig, es sind der Gründe mehr als genug, die alle nationalen Wähler veranlassen müssen, auch dieses Mal ihre Wahlpflicht zu erfüllen. Der oft gehörte Einwurf, die Gemeindevätern seien nicht so wichtig, dürfte wohl endgültig widerlegt sein. Sie sind wichtig aus unserer Verantwortung gegenüber unserem sächsischen Gemeinwesen. Sie sind aber auch wichtig, weil die Gefundung des Volkes und der Aufbau des Staates ohne ein gesundes Fundament nicht denkbar ist. Und vergessen wir eines nicht: Schärfer als je sonst der Parteiapparat des Wirtschaftseinkommens, von dem gegen unsere christliche Kultur und den nationalen Aufbau erfüllte Marxismus dafür, daß seine Anhänger ausnahmslos ihre Wahlpflicht erfüllen. Was bei der Linke durch eine terroristische Kontrolle erreicht wird, das sollen die nationalen Wähler durch freiwillige Selbstdisziplin und durch unermüdbare Aufklärung selbst schaffen. Noch einmal sei es gesagt, daß

schlechte Wahlbeteiligung in Dresden und den anderen Gemeinden Sachsens stets marxistische Mehrheiten zur Folge hätte.

Erst die wachsende Erkenntnis von der Wichtigkeit der Gemeindevätern führte 1929 zur Brechung des marxistischen Uebergewichts. Aber glaube niemand, es läge nicht auf seine Stimme an. Im Gegenteil: es ist jetzt noch wichtiger, daß jeder nationale Wähler an der Urne erscheint, denn der Marxismus ist in Sachsen Großstädten dank seiner skrupellosen Agitation bereits wieder im Vormarsch. Sogar es deshalb vor allem den Gemeindevätern, daß jeder, der am Reichstag wählen kann, auch an diesem Sonntag wahlberechtigt ist. Es gibt also keine Ausreden!

Und es heißt dabei: Wer nicht wählt, liefert Dresden der roten Korruption, der Verschwendung und gefährlichen Wirtschaftsexperimenten an, ja, noch mehr: er verhindert den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft. Den zerschmetternden Marxismus jetzt aber endgültig zu schlagen, das ist die Aufgabe der nationalen Wählerschaft an diesem Sonntag. Eine Aufgabe, für die es sich lohnt zu werden und zu arbeiten.

Ein abschreckendes Beispiel

Bei der Zusammenfassung der stark zerfallenen Gemeinden des Ruhrgebietes zu Großstadtverbänden entstand auch die Stadtgemeinde Hagen. Hierbei ergab sich die Notwendigkeit der Durchführung von Gemeindeväternwahlen. Die Wahlbeteiligung betrug nur 63 Prozent. Die Linke ging zur Wahlurne, während die Bürgerlichen zu einem großen Teil zu Hause blieben. Die Folge war eine knappe marxistische Mehrheit von 500 Stimmen, die aber ausreichte, um alle Ämter der neuen Stadtgemeinde mit roten Parteibuchhaltern zu besetzen. Der Schaden, der dadurch angerichtet wurde, läßt sich auf abschreckende Weise wieder befehlen. Wären nur zwei Prozent Wähler mehr zur Urne erschienen, dann hätte die Einkommensmehrheit verhindert werden können. Hagen sollte eine eindringliche Warnung für die sächsischen Gemeindevätern sein. Auch hier kann eine schwache Wahlbeteiligung dem Marxismus zur Macht verhelfen.

Der Preußenkonflikt vor dem Reichsrat

Gemeinsame Front der süd- und mitteleuropäischen Regierungen

Berlin, 12. Nov. (Eig. Drahtmeldung.) Am Sonnabendvormittag begann im Reichsrat die angekündigte Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse, die, wie alle Reichsratsausschüsse, hinter verschlossenen Türen und unter Wahrung strengster Vertraulichkeit stattfinden. Die Ministerpräsidenten und führenden Vertreter aller deutschen Länder sind im Reichsrat heute erschienen. Erstmals ist auch Herr Braun persönlich wieder angetreten. Welches Ergebnis die gestrige mehrstündige Besprechung der maßgeblichen Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichspräsidenten gehabt hat, ist noch nicht bekannt. Angeblich wollen die süd- und mitteleuropäischen Länder heute gemeinsam eine Erklärung in den Vereinigten Reichsratsausschüssen durch den bayerischen Ministerpräsidenten selbst abgeben lassen. Genaueres über diesen Plan erklärt man indes noch nicht.

Was die Veruche der Reichsregierung zur Überwindung einer nationalen Konzentration angeht, so steht man hier ebenfalls noch keine Fortschritte, zumal sich der Widerstand der Nationalsozialisten wie des Zentrums nur noch weiter verfestigt hat. Zu der Einberufung des Preussischen Landtages am 24. November hört man, daß National-

sozialisten und Zentrum sich über die Wahl eines Ministerpräsidenten bereits weitgehend verständigt haben sollen. Wie in derartigen Kombinationen schon so oft, taucht auch jetzt wieder der Name des Preussier Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler als Kandidat auf.

Umgruppierung in der Bremischen Bürgerschaft

Bremen, 12. Nov. Die nationalsozialistische Fraktion der Bremischen Bürgerschaft hat die Aufhebung ihrer bisherigen Fraktionsgemeinschaft mit den Deutschen Nationalen mitgeteilt. Als Antwort darauf haben die Deutschen Nationalen ihren Beitritt zu der aus Volkspartei, Einheitspartei und Zentrum bestehenden Fraktion der Gemeinschaft der Mitte vollzogen.

Finnland ratifiziert das Butterabkommen

Berlin, 12. Nov. (Eigene Drahtmeldung.) Der finnische Reichstag hat gestern den dem deutschen Dankevertrag angenommen. Die mit Finnland getroffene Vereinbarung stellt ein weiteres Ausgabkommen zu dem deutsch-finnischen Handelsabkommen dar. Sie bezieht vor allem die Neuregelung der Butterzufuhr nach Deutschland.